



Presseschau vom 14.11.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Russischer Premier wirft Nato „zynischen Betrug“ vor**

Der russische Premierminister Dmitri Medwedew hat der Nato einen „zynischen Betrug“ gegenüber den Kollegen im UN-Sicherheitsrat wegen der Bombardements Libyens durch die Allianz vorgeworfen.

Zuvor hatte der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt, dass die Operation in Libyen nicht die Nato, sondern einige europäische Länder initiiert haben sollen.

„Wie kann das heute bewertet werden? Nicht nur als ein größter Fehler, sondern vor allem als ein zynischer Betrug seitens jener, die auf die moralische und politische Führung in der Welt Anspruch erheben. Ein zynischer Betrug am runden Tisch des UN-Sicherheitsrates. Seine Beschlüsse wurden pervertiert und verletzt, und die UN-Vollmachten hat sich eine sogenannte Militärkoalition angeeignet“, erklärte der russische Premier während der internationalen Konferenz zu Libyen in Palermo.

Medwedew betonte, dass „Russland nicht für ein solches Szenario abgestimmt hatte“.

„Es geht nicht darum, welche Renommee-Verluste unser Land erlitten hat, es geht darum, dass sich in Libyen eine schreckliche Tragödie ereignet hat, deren Folgen wir noch viele Jahrzehnte verspüren werden“, schloss der russische Regierungschef.

Er hatte zudem die Wichtigkeit der Gewährleistung von Bedingungen für den „Aufbau eines demokratischen, einheitlichen und souveränen Libyens“ unterstrichen.

Während eines bewaffneten Massenwiderstandes gegen die Truppen von Muammar Gaddafi

im Februar 2011 hatte der UN-Sicherheitsrat eine Resolution angenommen, gemäß der über Libyen eine Flugverbotszone zum Stopp der Bombardements der Rebellen-Städte durch die Gaddafi untergeordneten Luftstreitkräfte verhängt werden sollte.

Es wurde vermutet, dass die Probleme des Landes mit Hilfe eines politischen Dialogs gelöst werden könnten. Allerdings begannen die Nato-Länder entgegen der Resolution, Schläge gegen Libyen zu führen.

Lug-info.com: **Heimatkundemuseum ruft zu Forschungswettbewerb auf**

Das Lugansker heimatkundliche Museum ruft die Einwohner der Lugansker Gegend, die vorübergehend unter ukrainischer Kontrolle stehenden Gebiete eingeschlossen sind, zu einem offenen Wettbewerb zu wissenschaftlichen Forschungsarbeiten über Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges in der Region auf. Das berichtete das Ministerium für Kultur, Sport und Jugend (MKSM) der LVR am 12. November. Die Veranstaltung ist Teil des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes im Donbass.

„An dem Wettbewerb können Schüler, Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Heimatkundler ab 16 Jahren teilnehmen. Der Wettbewerb ist in die Kategorien in Arbeiten von Kindern (16 – 18 Jahre) und von Erwachsenen (ab 18 Jahren) unterteilt“, heißt es in der Mitteilung. ...

„Wir schlagen den Teilnehmern drei Themen zur Auswahl vor: *Ereignisse des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945 in der Lugansker Gegend, Schicksale von Landsleuten, die am Krieg teilgenommen haben* und *Arbeiter an der Heimatfront Lugansker Gegend*“, sagte man im Ministerium.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Wettbewerbsarbeiten sowohl in russischer als auch in ukrainischer Sprache eingereicht werden können. Die besten von ihnen werden in einer Zusammenfassung jedem Teilnehmer ausgehändigt.

Eine Präsentation der Arbeiten und die Auszeichnungszereemonie findet am 7. Dezember im Lugansker Heimatkundemuseum, Uliza Schewtschenko 2, statt.

„Die Jury bestimmt Sieger und Preisträger der beiden Kategorien, die Diplome, Geschenke zum Andenken und Geldpreise erhalten. Dem hierzu eingerichteten Fond stehen 390.000 Rubel zur Verfügung“, fügte man in der Behörde hinzu.

„Im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes im Donbass fanden im ersten Halbjahr 2018 ungefähr 470 Veranstaltungen statt“, sagte Vizeminister Sergej Nasarewitsch. Das Programm wurde von Staatschef Pasetchnik am 17. Februar 2017 vorgestellt und hat humanitäre Hilfe für Landsleute – insbesondere die Unterstützung von sozial schwachen, die in zurzeit noch von der Ukraine besetzten Gebieten leben, zum Ziel. Es beinhaltet finanzielle, medizinische Hilfe und Bildungsmaßnahmen. Das Ministerium für Kommunikation der LVR hat zu diesem Programm eine Webseite (<https://gum-lnr.ru/>, nur auf Russisch, d. Übers.) eingerichtet.

de.sputniknews.com: **Stoltenberg warnt Berlin vor russischen Raketen – Presse**

Die Aufkündigung des INF-Vertrages über das Verbot von Kurz- und Mittelstreckenraketen durch die USA wird kein neues Wettrüsten in Europa zur Folge haben. Das erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg während seines jüngsten Besuchs in Berlin, wie das polnische Internetportal interia.pl berichtet.

„Neue russische Raketen sind atomar bestückbar und können die Hauptstadt Deutschlands erreichen. Donald Trump will aus dem INF-Vertrag aussteigen, weil Russland seiner Meinung nach gegen den Vertrag verstößt“, sagte der Allianzchef am Montag.

„Raketen dieses Typs sind mobil, schwer zu orten und können nukleare Sprengköpfe tragen... Mit der Indienststellung neuer Waffen zieht Russland den INF-Vertrag in Zweifel und macht zugleich einen nuklearen Konflikt immer wahrscheinlicher.“

Stoltenberg erinnerte daran, dass die USA Russland rund 30 Mal Verstöße gegen den INF-Vertrag zur Last gelegt hatten, und unterstützte indirekt Pläne von US-Präsident Trump, aus dem Vertrag auszusteigen, weil Russland Raketenkomplexe 9M729 stationiert hatte. Der INF-Vertrag war am 8. Dezember 1987 von den damaligen Staatschefs der UdSSR und der USA, Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, unterzeichnet worden. Darin verpflichteten sich beide Staaten, sämtliche Raketen mit mittlerer (1.000 bis 5.500 Kilometer) und kürzerer (500 bis 1.000 Kilometer) Reichweite zu vernichten und keine neuen mehr zu produzieren.

Deutschland plädiert für die Erhaltung des Vertrages. Stoltenberg zufolge hat die Allianz keine Pläne zur Stationierung neuer atomarer Raketen in Europa.

wpered.su: Ein KPRF-Abgeordneter der Staatsduma kommentierte ein Video, in dem aufgerufen wird, die Einwohner des Donbass zu töten

Heute hat der Abgeordnete der Staatsduma von der KPRF-Fraktion Denis Parfenow in der russischen Fernsehsendung „60 Minuten“ ein weltweit in Massenmedien verbreitetes Video darüber, wie Kinder in einem Kinderlager im Oblast Ternopol in der Ukraine gelehrt werden, mit der Waffe umzugehen, „um die verhassten Russen und die Einwohner des Donbass zu töten“, kommentiert. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Nach Auffassung Denis Parfenows wird so durch die ukrainischen Nazis in diesem Land heute eine neue „Hitlerjugend“ ausgebildet. „Die Faschisten der ganzen Welt lieben zwei Worte sehr: „Patriotismus“ und „Freiheit“. In der Ukraine betonen sie den „Patriotismus“, aber hören sie deshalb etwa auf, Faschisten zu sein? Nein!“, sagte der Abgeordnete.

de.sputniknews.com: Norwegen beschuldigt Russland, GPS-System bei NATO-Manöver gestört zu haben

Das norwegische Verteidigungsministerium hat die GPS-Pannen bei der NATO-Übung „Trident Juncture“ im Norden des Landes mit dem „Vorgehen der russischen Truppen in der Arktis“ in Zusammenhang gebracht. Das teilte die Agentur AP unter Verweis auf eine Erklärung der Behörde am Dienstag mit.

„Wir sind benachrichtigt worden, dass die Störungen vom 16. Oktober bis 7. November von den russischen Truppen auf der Kola-Halbinsel in der Arktis generiert wurden“, so das Verteidigungsministerium.

Wie es weiter heißt, hätten die Störungen zu keinen Zwischenfällen geführt.

Am Montag hatte der finnische Premier Juha Sipilä erklärt, dass das GPS-System absichtlich gestört worden sei, und die Vermutung geäußert, dass hinter den GPS-Störungen Russland stehen könnte.

Der Sprecher des russischen Staatschefs, Wladimir Putin, Dmitri Peskow, hatte hingegen erklärt, es gebe die Tendenz, Russland aller Todsünden zu beschuldigen, ohne dabei Beweise vorzulegen.

Am 9. November teilte der finnische Sender YLE mit, dass finnische Navigationsdienste über die instabile Arbeit des GPS-Systems am 6. und 7. November im Norden des Landes informiert hätten. YLE brachte diese Benachrichtigung mit einer in Norwegen früher verbreiteten Warnung in Verbindung.

Auf der Nato-Website heißt es, „Trident Juncture“ vom 25. Oktober bis 7. November in Norwegen sei die größte Übung der Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges gewesen. 50.000 Soldaten, 250 Flugzeuge, 65 Schiffe und 10.000 Stück Kampftechnik aus 31 Nato-Ländern und deren Partnern Schweden und Finnland seien dabei eingesetzt worden.

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden das Gebiet von Shelobok. Geschossen wurde mit Granatwerfern.

de.sputniknews.com: Nord Stream 2 untergraben? Gazprom-Chef nimmt Stellung zu US-Drohungen

Der Chef des russischen Gasgiganten Gazprom, Alexej Miller, hat die jüngsten Drohungen des US-Botschafters bei der EU, Gordon Sondland, kommentiert, wonach die USA über Instrumente verfügen, die die Umsetzung des Gasprojektes Nord Stream 2 verhindern können. Am Dienstag erklärte Sondland wie folgt: „Wir haben noch nicht alle Instrumente eingesetzt, die das Projekt ernsthaft untergraben oder stoppen könnten.“ Wäre Europas Energieversorgung verletzlich, träfe das auch die USA, fügte er hinzu.

Diese Aussagen kommentierte Miller nun gegenüber einem Reporter der russischen Zeitung „Kommersant“:

„Sie sehen denn selbst: 200 Kilometer haben wir bereits gebaut. Und die übrigen werden wir fertigmachen.“

Damit brachte Miller die Sicherheit zum Ausdruck, dass die Gaspipeline unter jeglichen Bedingungen fertiggebaut werde.

Nord Stream 2 ist das Projekt für eine weitere Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland, die auf dem Grund der Ostsee verlegt wird. Die Gesamtkapazität der Gasleitung soll etwa 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr erreichen. Der Betriebsstart der Pipeline ist für Ende 2019 geplant.

Die Vereinigten Staaten widersetzen sich dem Projekt. Der russische Präsident Wladimir Putin teilte in diesem Zusammenhang mit, US-Präsident Donald Trump verfolge bei der Lieferung von Flüssiggas nach Europa amerikanische Geschäftsinteressen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel ihrerseits hat wiederholt erklärt, Berlin betrachte Nord Stream 2 als kommerziell, aber man werde seine Umsetzung mit der Aufrechterhaltung des russischen Gastransits durch die Ukraine verknüpfen.

Die russische Seite hat ebenfalls darauf verwiesen, dass die Nord Stream-2-Pipeline absolut kommerziell und wettbewerbsfähig sei. Das Projekt beinhalte keineswegs ein Ende der Gaslieferungen durch die Ukraine in die EU.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 13. November 3:00 bis 14. November 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 17.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Spartak, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Kominternowo, Sachanka. Opfer unter den friedlichen Bürgern und Zerstörungen ziviler Infrastruktur sind bisher nicht festgestellt worden.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgeschossenen Geschosse betrug 72.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 26.

Ab 00:01 am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: **Supercomputer für Waffenbau in Sicht: Russland setzt auf einheimische Ausrüstung**

In Russland wird derzeit ein neuartiger Supercomputer für die Projektierung und Herstellung zukunftsorientierter Waffen entwickelt. Dies sagte die Generaldirektorin der zum Kalaschnikow-Konzern gehörenden Forschungs- und Produktionsvereinigung Molnija, Olga Sokolowa, gegenüber Sputnik.

Diese Arbeit erfolge in Gemeinschaft mit mehreren Einrichtungen, darunter dem Institut für Prozessrechner (INEUM) Bruk, der Aktiengesellschaft MZST und der Aktiengesellschaft Information Satellite Systems (Reshetnev Company), so Sokolowa.

Ihr zufolge ist das Hauptziel des Projektes, den Entwicklungs- und Produktionszyklus – das heißt die Projektierungsarbeiten, das Testen von Urmustern und die Wartungsbegleitung der in Serie gefertigten Erzeugnisse in den Streitkräften – vollständig auf einheimisch gebaute Ausrüstung umzustellen.

„Wir beginnen mit Zielflugkörpern und werden dann unsere Konzeptionen für die gesamte russische Industrie vorschlagen. Man muss sagen, dass es schon ernst zu nehmende Ergebnisse in diesem Bereich gibt. Ich möchte aber noch keine Details offenlegen“, so die Generaldirektorin.

Das neue Produkt kann innerhalb der nächsten fünf Jahre umgesetzt werden.

Dnr-online.ru: **Im Franko-Kulturpalast in Donezk hat am 13. November eine Veranstaltung zum Internationalen Tag gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus stattgefunden.**

r wurde vom Informationsministerium der DVR und der Verwaltung des Kirowskij-Bezirks der Hauptstadt der Republik durchgeführt. Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs, Schüler und erwachsene Einwohner des Bezirks ehrten das Andenken aller Toten mit einer Schweigeminute.

Die Teilnehmer der Veranstaltung sahen einen historischen Film „Kristallnacht“, den das Informationsministeriums der DVR erstellt hatte und der über die Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erzählte, als Nazis in Deutschland und Österreich eine gewaltsame Aktion gegen Juden durchführt. In der Halle des Franko-Kulturpalastes wurden Zeichnungen und Bastelarbeiten von Kindern des Kirowskij-Bezirks zu diesem Thema gezeigt.

„Wir haben beschlossen, die Kinder, die Jugend der Donezker Volksrepublik an diesen schrecklichen Tag in der Geschichte zu erinnern, den Jahrestag des Holocausts, was „vollständig verbrannt“ bedeutet. An die hier gezeigten Fotos aus den Todeslagern muss man sich erinnern, es bildet bei der Jugend eine Position dazu heraus.

Ein tiefe Verbeugung vor all denen, die 1945 die „braune Pest“ besiegen konnten. Eine tiefe Verbeugung vor all denen, die jetzt gegen den Faschismus kämpfen, den Soldaten, die jetzt die Grenzen der Donezker Volksrepublik halten“, erklärte der stellvertretende Informationsminister der DVR Artjom Olchin. Er unterstrich, dass die ukrainischen nationalistischen Strafbataillons heute offen und breit Nazi-Symbolik verwenden. „In Europa

ist der Nazismus verboten, aber hier ist eine Generation offen für den Nazismus. Irgendwann wird das schlecht enden. Mir tun die ukrainische Jugend, die Erwachsenen, die versuchen ihre Kinder richtig zu erziehen, sehr Leid. Für sie muss man kämpfen, weil wir nicht zulassen können, dass in der Ukraine Millionen geistige Invaliden ausgebildet werden“, sagte der stellvertretende Minister.

Der Held der DVR Achra Awidsba sagte, dass vor Beginn der Kämpfe im Donbass viele diesen Gedenktag nicht wirklich empfunden haben. „Seit 2014 verstehen wir für uns die Wichtigkeit dieses Tags. Wenn wir vom Faschismus, Nazismus sprechen, verstehen wir schon, zu was das führt, zu Blutvergießen, wenn Politiker dem eigenen Volk den Krieg erklären. Der Donbass ist heute nicht nur ein Schild Russlands, sondern der ganzen Welt, die nicht im Faschismus versinken will“, erklärte er.

Künstlerkollektive des Franko-Kulturpalastes hatten ein Trauerkonzert vorbereitet. Der Rabbiner des Donbass Arje Schwarz unterstrich, dass man niemals die schlimmen Dinge vergessen darf, die in der Mitte des letzten Jahrhundert geschehen und die leider in einigen Ländern der Welt heute wieder entstehen. Nach den Worten des stellvertretenden Leiterin der Verwaltung des Kirowskij-Bezirks von Donezk Swetlana Gawriltschina müssen solche Veranstaltungen stattfinden, weil sie uns noch einmal daran erinnern, dass es nötig ist, gegen den Faschismus zu kämpfen.

Nach Meinung des Leiters des karitativen Fonds „Kinder zeichnen den Frieden“ aus Moskau Alexandr Borisow kämpfen die Zeichnungen der Kinder der Donezker Volksrepublik auch gegen Faschismus, Nazismus, Rassismus, Antisemitismus, den Weltterrorismus. „Gerade die Kinder aus der DVR und der LVR können das zeigen, weil sie die Beschüsse sehen, den ganzen Schmerz und Schrecken des Krieges erfahren“, sagte er.

Während der Veranstaltung erzählten der Teilnehmer der Kämpfe in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs Pjotr Bogun und der minderjährige Häftling eines faschistischen Konzentrationslagers den Jugendlichen ausführlich, wie gefährlich der Faschismus und seine Anhänger sind.

Zum Abschluss der Veranstaltung fand eine Niederlegung von Blumen am Banner für die Opfer des Faschismus, Rassismus und Antisemitismus statt, wo die Schüler Kerzen anzündeten.

der ukrainischen Website „Mirotworez“ ("Friedensstifter") auf. Begründet wird dies auf der Seite mit Schröders angeblichen Versuchen, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu untergraben, Propaganda gegen die Ukraine zu betreiben und sich für eine Anerkennung der Krim als Teil der Russischen Föderation auszusprechen.

„Ich bin als Ehefrau sehr besorgt und empört.“

So sorgt sich die neue Ehefrau des Ex-Kanzlers Soyeon Schröder-Kim nun auch um die Sicherheit ihres Mannes. Dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) sagte sie:

„Ich bin als Ehefrau sehr besorgt und empört. In meinem Land und in meiner Kultur verstehen wir derartige Angriffe gegen einen demokratischen Politiker, insbesondere den ehemaligen Bundeskanzler, nicht.“

Schröder findet sich auf der Liste in Gesellschaft inzwischen Tausender Politiker, Journalisten und Aktivisten. Darunter befinden sich auch viele Journalisten aus dem Ausland, die zum Teil einfach nur zur Berichterstattung in den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk akkreditiert waren, unabhängig davon, ob sie positiv oder negativ berichteten. Viele dieser „Staatsfeinde der Ukraine“ werden auf der Website mit für jedermann einsehbaren Kontaktdaten und Privatadressen geführt.

In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Todesdrohungen gegen auf der Liste von Mirotworez stehende Journalisten und Politiker. Einige der Journalisten wurden ermordet. Die Mirotworez-Seite wurde 2014 von Anton Geraschenko, einem Berater des ukrainischen Innenministers, eingerichtet. Trotz zahlreicher Proteste aus dem Ausland hat die ukrainische Regierung die Website bisher nicht abschalten lassen.

Enttäuscht von Maas

Die Ehefrau des Altkanzlers wendet sich deshalb direkt an den deutschen Außenminister Heiko Maas:

„Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass eine deutsche Bundesregierung und insbesondere ein sozialdemokratischer Außenminister nicht den Mut findet, der ukrainischen Regierung glasklar zu machen, dass ein solches Verhalten für Deutschland nicht akzeptabel ist“, sagte Schröder-Kim dem RND.

Es bleibt abzuwarten, ob das Auftauchen Schröders auf der „Todesliste“, Kiew zum Durchgreifen bewegen wird. Der Ex-Bundeskanzler scheint auch von offizieller Seite nicht sehr beliebt zu sein in der Ukraine. Erst im März hatte sich der ukrainische Außenminister Pavlo Klimkin für Sanktionen gegen den ehemaligen Bundeskanzler ausgesprochen. Gerhard Schröder gilt als persönlicher Freund des russischen Präsidenten Wladimir Putin und sitzt im Vorstand des russischen Gas-Multis Rosneft.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32295/83/322958320.jpg>

Nachmittags:

Ukrinform.ua: Generalstabschef Muschenko und Chef von OSZE-Mission Apakan reden über Lage im Donbass

Der Generalstabschef der ukrainischen Armee Wiktor Muschenko und der Chef der Vizechef der Sonderbeobachtermission in der Ukraine der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Ertugrul Apakan, haben die Lage im Gebiet der Operation der Vereinigen Kräfte besprochen.

Das teilte der Generalstab mit. Muschenko betonte im Gespräch, dass die ukrainischen Streitkräfte die Vereinbarungen von Minsk einhalten und sich um die Entschärfung der Lage im Gebiet bemühen, heißt es. Der Generalstabschef gratulierte auch dem neu ernannten ersten Vizechef der Beobachtermission, Mark Etherington, der über eine umfangreiche Erfahrung in Kosovo, Irak und Afghanistan verfügt.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_11/thumb_files/630_360_1542193158-398.jpg

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR am 14.11.2018

In den letzten 24 Stunden wurden **17 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **sechs Ortschaften der Republik** beschossen hat.

In Richtung Gorlowka haben die Kriegsverbrecher der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus und der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj Sajzewo **und die Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando des Henkers Martschenko sowie der 56. Panzergrenadierbrigade unter Kommando von Iwanow aus die Gebiete von **Spartak und der Siedlung des Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Mariupol haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbriade auf Befehl von Kuratsch bei den Beschüssen von **Kominternowo und Sachanka** Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

Nach der Veröffentlichung der **Informationen über die Beteiligung der Ukraine am Verschwinden einer Drohne der OSZE-Mission** am 27. Oktober durch uns unternimmt die ukrainische Seite Anstrengungen zur Glättung des negativen Effekts des Geschehens und um möglicherweise einen Nutzen zu erreichen.

So hat Mushenko gestern, um seine Loyalität gegenüber der Mission zu demonstrieren, ein Treffen mit dem Leiter der Mission Apakan durchgeführt, wo er während der ganzen Veranstaltungen „verlorene Dithyramben gesungen, wie sehr die Ukraine die OSZE-Mission braucht und wie die bewaffneten Formationen der Ukraine alles tun, um ihre Arbeit in der „OOS“-Zone zu gewährleisten.

Außerdem hat sich in der letzten Zeit die **Zahl der Informationsmaterialien erhöht, die auf die Möglichkeiten für Einheiten der elektronischen Kriegsführung und der Luftabwehr der Ukraine zur Bekämpfung von Drohnen** eingehen. Nach unseren Informationen haben die Kräfte für informationspsychologische Operationen der Ukraine die Anweisung, diese Art

von Material zu verbreiten.

All dies zeugt davon, dass die durch unwiderlegbare Beweise in die Ecke getriebene ukrainische Führung in der nächsten Zeit die Entwendung der Drohne der OSZE-Mission zugeben wird. Und sie wird ihre Handlungen damit erklären, dass die Drohne einen Flug ohne Abstimmung oder über eine nicht mit den ukrainischen bewaffneten Formationen abgeklärte Route durchführt. Die Entwendung der Drohne der Mission ist für die ukrainische Seite in erster Linie notwendig, um die OSZE-Mission zu disziplinieren und die Mission zu zwingen, rechtzeitig über ihre Pläne für Drohnenflüge zu informieren, um rechtzeitig Maßnahmen zum Verstecken der von den Minsker Vereinbarungen verbotenen ukrainischen Waffen unternehmen zu können.

Zuvor haben die ukrainischen Truppen in analoger Weise bereits die OSZE-Mission durch Erpressung und Einschüchterung gezwungen, rechtzeitig die Routen und Zeitpläne ihrer Autopatrullen auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium vorzulegen.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von Entdeckung und Registrierung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Mitteln der bewaffneten Formationen der Ukraine vom Kommando der „OOS“ die Entscheidung getroffen wurde, den ersten stellvertretenden Leiter der ukrainischen Seite im GZKK Oberst O. Tarasenko seiner Funktion zu entbinden und an seiner Stelle A. Jakowenko zu ernennen. Derzeit werden die Vorgänge und Pflichten zwischen diesen Personen übergeben.

Nach unseren Informationen ist Jakowenko ein Günstling von Najew und er hat vor der Übernahme dieses Amtes Instruktionen im Generalstab der Ukraine zur Art und Weise der Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission und ihrer Bekämpfung erhalten.

de.sputniknews.com: **Nach Spionage-Vorwürfen an Moskau: Kanzler Kurz will an gutem Verhältnis festhalten**

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz hat sich am Mittwoch erneut zum jüngsten Spionagefall zwischen Wien und Moskau geäußert. Österreich strebt laut Kurz auch weiterhin einen Dialog mit Russland an.

Mit Russland pflege man gute Kontakte und daran werde sich auch nichts ändern. „Aber bei einem Spionageverdacht werden wir das klar kritisieren“, betonte Kurz.

Kurz räumte zugleich jedoch ein, dass die Beziehungen zwischen der EU und Russland dadurch nicht besser würden. Doch ein langfristiger Frieden auf dem europäischen Kontinent sei nur mit und nicht gegen Russland möglich. Darum sei der Dialog mit Moskau so wichtig. Auf die Frage, ob Österreich russische Diplomaten ausweist, erklärte der Kanzler, dass man gegenüber der russischen Seite klar reagiert habe und auch die europäischen Partner informiert habe. Österreichische Alleingänge werde es aber nicht geben.

Nun prüfe man, ob es sich um einen Einzeltäter oder ein Netzwerk gehandelt habe. Für Letzteres lägen keine Indizien vor.

Die österreichischen Behörden hatten in der vergangenen Woche einen mittlerweile pensionierten Oberst des österreichischen Bundesheeres festgenommen, der über zwanzig Jahre lange für Russland spioniert haben soll.

Der Hinweis auf den Mann war nach österreichischen Angaben von einem ausländischen Geheimdienst gekommen. Außenministerin Karin Kneissl sagte nach Bekanntwerden ihren Russland-Besuch ab. Russlands Außenminister Sergej Lawrow sprach von „nicht bewiesenen Anschuldigungen“. Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen rief seinerseits dazu auf, die Situation zunächst nicht zu dramatisieren.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **einmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Auf Befehl des Kommandeurs der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Subanitsch wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Shelobok** beschossen.

Bei dem Beschuss wurden Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Nach Informationen unserer Aufklärung befindet der stellvertretende Kommandeur der OOS Generalmajor Salushnyj sich in der 72. Brigade, um eine Untersuchung zu Fällen von Tod und Verletzungen von Soldaten der Scharfschützenschule des 169. Ausbildungszentrums „Desna“ zu untersuchen, die am 10. November auf ein eigenes Minenfeld im Gebiet von Luganskoje gerieten.

In der „OOS“-Zone gibt es weiter Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten des Personals. Am 9. November erlitt ein Soldat aus der 10. Gebirgssturmgrade, die im Gebiet von Solotoje-4 stationiert ist, in der Folge eines nach dem Trinken von Alkohol aufgekommenen Konflikts eine tödliche Verletzung. Das Brigadekommando stellte wie gewöhnlich diesen Verlust als kampfbedingt in der Folge eines Beschusses von Seiten der Volksmiliz der LVR dar. Um Ermittlungen zu diesem Fall durchzuführen sind eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes des Stabs der OOS und Mitarbeiter der Gegenaufklärung des SBU eingetroffen.

Wir haben bereits zuvor erklärt, dass Spezialdienste der Ukraine noch vor den Wahlen der Republikoberhäupter die Sammlung von Informationen über die Republiken des Donbass sowie die **Versuche der Anwerbung friedlicher Einwohner** aktiviert haben.

So wurde uns bekannt, dass der **SBU zu diesem Zweck ausländische karitative Fonds zur Arbeit mit Übersiedlern einsetzt**, deren Mitarbeiter in Rubeshnoje eingetroffen sind.

Bis jetzt wurden bereits drei Fälle von Versuch der Anwerbung von Übersiedlern, die enge Verwandte in der LVR haben, durch Mitarbeiter einer der Fonds festgestellt. Die hauptsächliche Informationen, die den SBU interessiert, ist die Untersuchung der Stimmung in der Republik, die Lage von Ministerien und Behörden sowie von Truppenteilen in Lugansk und anderen Städten.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen ihre Verpflichtung zur Wiederherstellung von Frieden im Donbass ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen zur militärischen Ausbildung durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten und jede Aggression von Seiten der Ukraine abwehren zu können.

Frage: Der Stab der OOS berichtet über angeblich große Verluste auf Seiten der Volksmiliz. Wie können Sie das kommentieren?

Antwort: Die Zahl der Verluste in den Einheiten der Volksmiliz der LVR; die täglich vom Stab der OOS angegeben wird, übersteigt schon die Bevölkerung unserer Republik. Diese Erklärung haben mit der Wirklichkeit nichts gemein und erfolgen zur Verbesserung des moralisch-psychischen Zustands der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte.

Frage: Zurzeit wird das Thema der Proteste ukrainischer Bürger bezüglich der Abschaltung der Heizungsversorgung in Wohnhäusern diskutiert. Haben Sie Informationen, ob die Abschaltung auch militärische Wohneinrichtungen der ukrainischen Streitkräfte im Lugansker Oblast betrifft?

Antwort: Die Truppenteile, die sich in großen Ortschaften befinden und Zentralheizung haben, sind von der Abschaltung in erster Linie betroffen, weil die Soldaten „unfreie“ Menschen sind und nicht das Recht zum Protest haben. In den Kasernen werden derzeit aktiv Heizöfen installiert, aber das wird die Situation angesichts der geringen Brennstoffvorräte nicht retten, weil die Kohle, die in den Lugansker Oblast kommt, an das Kraftwerk in Stschastje geht.

de.sputniknews.com: **US-Koalition setzte in Syrien Streumunition ein – Sana**

Die US-angeführte Koalition soll nach Angaben der syrischen staatlichen Nachrichtenagentur Sana Streumunition bei Angriffen auf Städte der Provinz Deir ez-Zor eingesetzt haben.

Demnach wurden die Städte Hajin und al-Shaafa mit Streumunition attackiert. Dies ist laut Sana bereits der zweite tödliche Angriff auf al-Shaafa in dieser Woche. Syrische Medien hatten 60 Zivilopfer bei einem Luftangriff der Koalition am Montag gemeldet.

Vor knapp einer Woche hatte Sana zudem berichtet, die Koalition habe den international geächteten weißen Phosphor in Deir ez-Zor eingesetzt.

Der Einsatz von Streumunition wird von einer internationalen Konvention verboten, die 2010 von mehr als einhundert Staaten unterzeichnet wurde. Die USA, Russland, Israel und eine Reihe von anderen Ländern schlossen sich der Konvention nicht an.

Der Begriff Streu- oder Clustermunition bezeichnet Bomben, Granaten oder Gefechtsköpfe, die nicht als Ganzes explodieren, sondern eine Vielzahl an kleineren Sprengkörpern freisetzen. Typischerweise explodiert ein großer Teil dieser sogenannten Submunition nicht, sondern verbleibt als Blindgänger vor Ort.

Dnr-online.ru: Am 11. November erklärte Pjotr Poroschenko im Ergebnis seines Treffens mit der Bundeskanzlerin Angel Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron die Notwendigkeit einer Wiederaufnahme des Prozesses des Austausch der festgehaltenen Personen. Diese **Erklärung des ukrainischen Präsidenten kommentierte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darj Morosowa.**

„Meinerseits will ich anmerken, dass die Republik seit langem bereit ist, eine zweite Austauschetape nach der Formel „alle festgestellten gegen alle festgestellten“ durchzuführen, was wir bereits mehrfach erklärt haben. Wenn die ukrainische Seite tatsächlich auf eine Wiederaufnahme dieses Prozesses abzielt, so muss sie mindestens ihre bevollmächtigten Vertreter in die nächste Sitzung der humanitären Untergruppe in Minsk schicken. Wenn es keine offiziellen Vertreter geben wird, so werden wir diese Erklärung über einen Austausch als weitere PR des Herrn Poroschenko betrachten.

Der offizielle Vertreter der ukrainischen Seite in der humanitären Untergruppe Herr Medwedtschuk hat mehrfach in den Medien erklärt, dass die zweite Austauschetape nach der Formel „174 gegen 46“ stattfinden kann, die logischerweise zuerst auf der Untergruppe in Minsk vorgestellt und vereinbart werden müsste. Derzeit erwarten wir eine schriftliche Antwort. Ich schließe nicht aus, dass dies auch die Formel ist, nach der eine zweite Austauschetape durchgeführt werden wird, aber diese Frage muss in der festgelegten Weise im Rahmen des Verhandlungsprozesses erörtert werden. Ich will die Aufmerksamkeit besonders auf die Notwendigkeit der Anwesenheit bevollmächtigter Vertreter der Ukraine in unserer Untergruppe lenken, die genaue Listen mit genauen Namen vorlegen könnten“, unterstrich Morosowa.

de.sputniknews.com: **„Lahmer“ US-Kongress muss Sanktionen gegen Russland wohl verschieben – Bloomberg**

Der US-Kongress, der nach den jüngst stattgefundenen Zwischenwahlen als eine „lahme Ente“ gilt, wird die Entscheidung über die neuen Sanktionen gegen Russland aus Zeitmangel möglicherweise vertagen müssen. Das berichtet die US-Nachrichtenagentur Bloomberg.

„Wir haben nicht so viel Zeit. Das wird zu einem Rennen, es sei denn, alle werden den Wunsch äußern, zu Weihnachten hier zu bleiben“, so der Vertreter der Republikanischen Partei, John Cornyn.

Eine ähnliche Meinung habe der demokratische Senator Bob Menendez geäußert. In seinem Interview mit Bloomberg habe gemutmaß, dass der Kongress in seiner derzeitigen

Zusammensetzung kaum Zeit haben werde, über neue Sanktionen abzustimmen. Der Sprecher des Auswärtigen Ausschusses des Senats, Bob Corker, habe erklärt, dass die Verabschiedung eines neuen Sanktionsgesetzes „nicht ganz das Ziel trifft“. Vor allem, wenn man berücksichtigt, dass die Kongress-Zwischenwahlen offenbar nicht durch russische Einmischung „getrübt worden waren“.

Corkers Kommentar deutet laut Bloomberg darauf hin, dass der Senat die neuen Optionen wieder in Betracht ziehen kann, die dem aktuellen Klima in den Beziehungen zu Moskau entsprechen, sollte es nötig sein, die „Strafmaßnahmen“ gegen Russland zu verhängen. Bloomberg erinnert daran, dass im Sommer — nach dem Treffen von Donald Trump mit Wladimir Putin in Helsinki — eine Senatorengruppe damit begonnen habe, dringend an den neuen restriktiven Maßnahmen gegen Moskau zu arbeiten. Nun aber beginne im US-Kongress die sogenannte „lahme Ente“-Periode, die bis zum Amtsantritt der neuen Abgeordneten im Januar andauern werde. Daher sei die Zeit für die Umsetzung dieser Gesetzesvorlagen knapp, was den russischen Behörden „zumindest einen leichten Aufschub“ sichern könne.

Vor etwas mehr als einem Jahr habe der von den Republikanern kontrollierte US-Kongress über „aggressive Maßnahmen“ abgestimmt, die das US-Finanzministerium dazu gezwungen hätten, die mit Putin verbundenen reichen Russen zu verfolgen. Trump, der freundlichere Beziehungen zum russischen Präsidenten angestrebt hätte, hätte dieses Gesetz widerwillig bewilligt, so die Nachrichtenagentur.

Trotzdem könne jede „neue Einmischung“ des Kremls den Kongress veranlassen, die Maßnahmen zu ergreifen, so John Smith, der das US-amerikanische Office of Foreign Assets Control (OFAC), also die Exportkontrollbehörde des Finanzministeriums der USA, die für die Sanktionsprogramme verantwortlich ist, bis Mai geleitet hatte.

„Sowohl die Republikaner als auch die Demokraten glauben größtenteils, dass die Trump-Administration nicht genug getan hat, um Russland für die Einmischung in die Wahlen 2016 zu bestrafen. Wir können erwarten, dass solche Stimmungen auf Capitol Hill bestehen bleiben“, so Smith.

Inzwischen habe die Trump-Administration Schwierigkeiten mit den bereits verhängten Sanktionen. Das US-Finanzministerium habe zwar geprahlt, dass die im April ergriffenen Maßnahmen, von denen Dutzende russische Geschäftsleute, Unternehmen und Putins wichtigste Verbündete betroffen waren, die bedeutendsten gewesen seien. Doch lasse ihre Wirkung nach, da das Finanzministerium mehrfach gezögert habe, manche von diesen Einschränkungen in Kraft zu setzen, merkt Bloomberg an.

Dan-news.info: Die DVR und die LVR erweitern ihre Zusammenarbeit im Bereich der Medizin und beginnen mit Arbeiten beim Aufbau der Pharmaindustrie.

Dies erklärte heute auf dem II. Internationalen medizinischen Forum „Wissenschaft besiegt ... Krankheit“ in Donezk die Gesundheitsministerin der LVR Natalja Paschtschenko.

„Lugansk schickt seit vielen Jahren seine Patienten zu Behandlungen, die in unseren republikanischen Kliniken nicht möglich sind, in die DVR. Wir schicken hierher Patienten für neurochirurgische Behandlungen, für hochspezialisierte kardiologische Behandlungen sowie für Kinder. Außerdem arbeiten wir bei Medikamenten zusammen, wir beginnen heute die Zusammenarbeit beim Aufbau der Pharmaindustrie, d.h. Zusammenarbeit zwischen unseren und den Donezker Pharmaproduzenten“, sagte Paschtschenko.

Im Rahmen der Zusammenarbeit der Republiken erhält die LVR mehr Perspektive bei der Ausbildung von Studenten. „Wir haben heute die Möglichkeit, Kollegen zur Ausbildung in den Fachgebieten hierher zu schicken, die bei uns selten sind, wo es keine Ausbildung in unserer medizinischen Universität gibt“, fügte sie hinzu.

An dem Forum nehmen etwa 3000 Spezialisten aus dem Donbass, Russland, Südossetien und Abchasien teil.

Abends:

de.sputniknews.com: **Um Strafe zu vermeiden: Britische Abgeordnete wollte einen Russen verleumden**

Die Abgeordnete der britische Labour Party, Fiona Onasanya, steht unter Verdacht, vor Gericht in Bezug auf einen Fall der Geschwindigkeitsübertretung gelogen zu haben. Zu diesem Zweck soll sie einen Russen verleumdet und ihn für ihre Verkehrsdelikte verantwortlich gemacht haben. Das schreibt die Zeitung „The Times“ am Mittwoch. Kurz nach ihrer Wahl ins Parlament im Juli 2017 ist Onasanya laut der Meldung am Steuer ihres Nissan Micra mit einer Geschwindigkeit von 66 Stundenkilometern anstatt der erlaubten 48 Stundenkilometer gefahren.

Sie behauptete jedoch, ein Russe namens Aleks Antipow sei am Steuer gewesen. Deswegen sei er für den Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung verantwortlich.

Auf eine gerichtliche Vorladung antwortete sie mit einem Schreiben im Namen des Russen. Zu dieser Zeit sei der Russe nicht erreichbar gewesen. Später stellte es sich heraus, dass sich Antipow im Moment der Geschwindigkeitsüberschreitung in Russland aufgehalten habe. Zudem stellten die Ermittlungsorgane fest, dass sich die beiden Handys der Abgeordneten im Moment des festgestellten Verkehrsdelikts in ihrem Auto befunden hätten.

Es stellte sich aber auch heraus, dass der Bruder der Abgeordneten, Festus, früher bereits mehrmals zu solchen Mitteln gegriffen habe, um Strafen zu vermeiden. Er bekannte sich bereits schuldig, während seine Schwester nach wie vor ihre Schuld leugne.

Ukrinform.ua: **Eier, Äpfel, Zucker und Buchweizen werden 2018 billiger**

Vom Januar bis Oktober 2018 haben sich in der Ukraine fast alle Lebensmittel verteuert. Ausnahme sind Preise für Eier, Äpfel, Zucker und Buchweizengraupen, teilte die Staatliche Statistikbehörde der Ukraine mit. Im Durchschnitt war ein Kilo Buchweizen im Oktober 2018 um 25 Prozent günstiger als im Januar. Für ein Kilo zahlten die Verbraucher durchschnittlich 16,94 Hrywnja (im Oktober 2017 25,57 Hrywnja für ein Kilo).

Zehn Eier kosteten im Oktober im Durchschnitt 24,93 Hrywnja, ein Minus von 7,3 Prozent im Vergleich zum Januar. (Im Oktober 2017 lagen die Preise bei 22,72 für 10 Eier.)

Im Oktober sind die durchschnittlichen Preise für Äpfel um 39,2 Prozent auf 10,19 Hrywnja pro Kilo gegenüber dem Januar gesunken. Im Oktober 2017 kostete ein Kilo Äpfel durchschnittlich 16 Hrywnja.

Der Zucker verbilligte sich im Oktober im Vergleich zum Januar um 8,2 Prozent und kostete durchschnittlich 14,49 Hrywnja je Kilo (im Oktober 2017 17,43 Hrywnja).

Dnr-online.ru **Pressekonferenz des Oberhaupts der DVR Denis Puschilin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

... Es ist für mich eine große Ehre, in das Amt des Republikoberhaupts gewählt worden zu sein. Eine Ehre und eine Verantwortung. Ich werde alle Kräfte, all meine Zeit und all meine Möglichkeiten einsetzen, um das hohe Vertrauen, das mir unsere Bürger erwiesen haben, zu rechtfertigen. ...

Wie ich erklärt habe, die Arbeit wird in **drei Schlüsselbereichen** fortgesetzt werden:

Integration mit der RF, Entwicklung der Ökonomie, Kampf gegen die Korruption.

Der Kurs in Richtung RF wird fortgesetzt werden. Es ist nicht nur eine kulturelle und soziale Integration, sondern auch eine ökonomische, weil die DVR ein Staat mit kolossalem Potential ist, auch außenwirtschaftlich. Davon, wie effektiv wir unsere Möglichkeiten werden nutzen können, hängt unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder ab. Die Gewährleistung einer

ökonomischen Entwicklung ist die wichtigste politische Aufgabe der Regierung der DVR, um so wichtiger, weil wir, wenn wir uns mit der Ökonomie der RF integrieren, wir keine Verbraucher oder Subventionsregion sein wollen. Der Donbass ist in der Lage, nicht nur sich selbst zu versorgen, sondern auch vielen nachhaltig entwickelten Staaten voraus zu sein. Dafür haben wir eine Grundlage, es gibt arbeitende Hände und kluge Köpfer, es gibt eigene Produzenten und es gibt organisierte internationale Verbindungen.

Was die Antikorruptionspolitik betrifft, so wird sie nicht nur auf die Folgen, sondern vor allem auf die Ursachen für das Aufkommen von Korruption gerichtet sein. Alle beschlossenen normativen Rechtsakte werden durch Antikorruptionsexpertisen auf Voraussetzungen für Korruption geprüft werden, wie z. B. vorgesehene Präferenzen, Vorteile zugunsten bestimmter juristischer Personen usw.

Gesondert will ich mich an die Vertreter der Staatsorgane wenden. Uns steht viel Arbeit bevor. Die Regierung wird den Kurs auf Entbürokratisierung, auf die Schaffung von Bedingungen für die Entwicklung einer zuverlässigen Konkurrenz, Transparenz von Normen und Regeln der Wirtschaftstätigkeit und des Bereichs der Kontroll- und Aufsichtsfunktionen fortsetzen. Wir werden das Schlechte vernichten, was bei den Beamten in der Ukraine gewachsen ist: Initiativlosigkeit, Bürokratie, Passivität. Heute muss jeder wissen, dass er Verantwortung nicht nur für das trägt, was getan ist, sondern auch für das, was nicht getan ist. Jetzt ist jede Idee, Vorschlag, Entscheidung sehr wichtig. Nur gemeinsam werden wir den Donbass zu einem starken entwickelten Staat machen“, sagte Denis Puschilin.

„Was den Verhandlungstisch in Minsk betrifft, in Minsk haben wir uns mehrfach mit ukrainischen Vertretern unterhalten. Zweifellos haben die Fragen, die die Sicherheit unserer Bürger betreffen, Priorität. Dennoch sehe ich von Seiten der Ukraine Sabotage, Verzögerung des Verhandlungsprozesses, Ablenkung mit zweitrangigen, unnötige Fragen. Leider habe ich keinerlei Perspektiven, dass sich die Position der Ukraine in der nächsten Zeit ändern wird. Heute ist es für uns dennoch äußerst wichtig, dass der Minsker Platz für Verhandlungen bleibt, weil das der einzige internationale Ort ist, wo unsere Vertreter zu hören sind“, sagte Denis Puschilin.

„Die Ukraine begeht Provokationen und das wird so noch einige Zeit an der ganzen Kontaktlinie weitergehen. Kiew beschießt weiter die Republik, zerstört Infrastruktur, leider gibt es verletzte und getötete friedliche Einwohner. Das ist ein recht langer Konflikt im ganzen und die Ukraine wird zweifellos von solchen provokativen Handlungen nicht Abstand nehmen.

Hier steht die Aufgabe, viele Momente in Minsk auszuarbeiten, Möglichkeiten zu finden, sich bei den USA bemerkbar zu machen sowie bei den Garantenstaaten des Minsker Prozesses, Frankreich, Deutschland, damit sie auf Kiew und die Ukraine Druck ausüben, zu beginnen, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, mindestens eine Einhaltung des Regimes der Ruhe, Abzug der schweren Technik. Leider kann ich nicht sagen, dass der Krieg morgen enden wird und die Ukraine ihre Beschüsse einstellt“, sagte Puschilin. Er bezweifelte auch, dass die Ukraine jetzt eine Eskalation des Konflikts angeht, weil sie eine so hohe Beteiligung bei den Wahlen in den Republiken nicht erwartet hat.

„Kardinale Änderungen im Ministerrat wird es nicht geben. Das wichtige ist, alle Minister müssen ihre Effektivität zeigen. Es wird nicht nur bewertet, was die Minister getan haben, sondern auch, was sie nicht getan haben. Ein solches Vorgehen erlaubt es, die ganze Arbeit der Regierung transparenter und verständlicher für die Bevölkerung zu machen und im Endergebnis auf ein Resultat hinzu arbeiten. Genau dann wird der Vertrauensvorschluss, den uns die Bürger der DVR erweisen, gerechtfertigt werden“, unterstrich Puschilin.

„Die Versuche von Seiten der Ukraine und der westlichen Länder, die Wahlen zu sabotieren, die Aufrufe sie zu boykottieren wurden nicht von Erfolg gekrönt. Die Wahlen in der Republik haben stattgefunden, die Beteiligung war tatsächlich hoch. Eine solche Beteiligung habe wir nicht erwartet, nach den optimistischsten Prognosen haben wir 60-70 Prozent erwartet. Aber

unsere Einwohner haben sich als wesentlich bewusster erwiesen.

Dennoch kann man keinerlei Illusionen bezüglich der Anerkennung von Seiten des Westens hegen. Weil dies für die Länder des Westens eine sehr schwierige Frage ist, dass sie sich als schuldig bekennen müssen. Daran, dass sie die Ukraine unterstützt haben. Eine Anerkennung unserer Wahlen durch die westlichen Ländern, bedeutet, den Republiken eine gewisse Legitimität zuzugestehen. Entsprechend würden sie sich als an den Beschüsse schuldig bekennen, an der Vernichtung der Bevölkerung des Donbass. Und dann würde sich ihre Rhetorik in Bezug auf Russland einfach als fruchtlos erweisen, die Sanktionen müssten aufgehoben werden. Deswegen erwarten wir keine Anerkennung von Seiten des Westens...“

„Die Strategie „Kraft des Donbass“ hat bereits ihre Begründetheit gezeigt, die Mitglieder der gesellschaftlichen Organisation „Donezkaja Respublika“ sind recht kompetent an die Ausarbeitung dieser Strategie herangegangen. Alles, was schon in dem kurzen Zeitraum realisiert wurde, wird fortgesetzt werden. Es geht um die Erhöhung der Löhne der öffentlich Beschäftigten, die Senkung der Steuer auf Treibstoff, was sich schlussendlich auf die Preise an den Tankstellen ausgewirkt hat, und eine Reihe weiterer sozial bedeutsamer Fragen. So hat bei uns alles erst begonnen“.